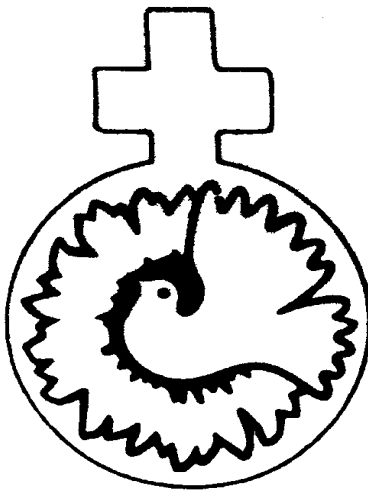


**Bundesarbeitsgemeinschaft
Christinnen und Christen
bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Eine Gesellschaft mit Kindern



**Ein familienpolitischer Paradigmenwechsel
Vom Kind aus denken und handeln**

Inhaltsverzeichnis	
Grüne Familienpolitik fördert Kinder und Familien	3
Familie ist um uns Menschen willen da – nicht umgekehrt.	3
Das Kind steht im Vordergrund	6
Familie ist eine gesellschaftliche und private Institution	7
Erwartungen an die Familie	9
Familie ändert sich in Familien	10
Kind und Beruf sind vereinbar: kostenlose Kinderbetreuung.	11
Bildung ist „Nahrung“ unserer Gesellschaft	12
Eine familienfreundliche Städteplanung ist möglich.	15
Die Wirtschaft muss mit ins Boot	16
Paradigmenwechsel: Mit Kinderaugen sehen, handeln und leben lernen.	18

Grüne Familienpolitik fördert Kinder und Familien

Wir Christen und Christinnen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern einen Politik-Wechsel für Kinder und Familien. Wir klären darüber auf, wer und was Kinder und Familien heute sind und was von ihnen erwartet wird. Wir fragen nach den Stärken und nach Defiziten. Wir ziehen daraus vor allem sozial- und bildungspolitische Konsequenzen und formulieren entsprechende kinder- und familienpolitische Optionen zur Verbesserung und Neugestaltung familiären Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Wir rufen unsere Politiker und Politikerinnen dazu auf, diese Optionen vor Ort zu konkretisieren und umzusetzen. Wir stimmen der Sorge und der Hoffnung unseres Bundespräsidenten Horst Köhler zu: Wie kommt es, dass wir in Deutschland immer weniger Kinder haben? Glauben wir nicht mehr an unsere Zukunft? Kinder bedeuten Neugier, Kreativität und Zuversicht. Kinder sind Brücken in die Welt von morgen. Wir müssen uns alle anstrengen, eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft zu werden. Wir reden von Kindern im Gegensatz zum derzeit üblichen Brauch nicht um der Rente willen. Wir erfahren Kinder zuerst als einen Reichtum unserer Gesellschaft, eine Bereicherung unseres Zusammenlebens und für den Einzelnen. Entsprechend wollen und müssen wir mit ihnen und ihren Familien umgehen. Daher nehmen wir im Folgenden ganz bewusst, auch provokatorisch und fokussierend diese Kinder- und Familienperspektive ein.

Familie ist um uns Menschen willen da – nicht umgekehrt.

Kinder wachsen mehrheitlich in Familien auf. Was Familie und Ehe meinen, wird in der Öffentlichkeit und ebenso in christlicher Sozialethik verschieden interpretiert. Manche sehen Familie als von Gott gegebene Schöpfungsordnung an, unumstößlich und verbunden mit der Pflicht zur Fortpflanzung und sexuellen Kontrolle. Daraus leitet sich die historische Wirkung des Naturrechts ab, die zu der Ansicht und Praxis führte, dass Kinder „von Natur aus“ zur Ehe gehören, dass gut patriarchalisch der Vater ins Berufsleben und die Mutter ins Haus gehören. Ehe und Familie sind hier tendenziell identisch. Andere sehen in der Familie diejenige Gemeinschaft, in die Gottes Evangelium Frauen, Männer, Kinder ruft und sie zur freien, gemeinsamen Gestaltung eines Familienlebens ermutigt. Familie erfahren wir demnach als Verwirklichung eines Gestaltungsauftrages von Gott her in eigener Freiheit und Verantwortung. Deswegen gibt es keine „natürliche Autorität und Gewalt“ von Eltern, sondern Familie vollzieht sich partnerschaftlich. Kinder sind nicht Eigentum der Eltern oder eines Elternteils, sondern sie sind – wie auch die Eltern - Kreaturen Gottes, Geschenke Gottes und den Eltern anvertraut. Als Eltern sind wir Stellvertreter

und Stellvertreterinnen Gottes in seiner Schöpfung im Umgang mit Kindern und tragen deswegen zugleich stellvertretend Verantwortung für die Kinder. Als Eltern entscheiden wir stellvertretend über das Wohl unserer Kinder, so lange dies notwendig ist, und können dafür zur Verantwortung gezogen werden.

Familie ist kein Selbstzweck und keine unveränderbare Schöpfungsvorgabe. Familie ist – anders als Ehe – eine vorübergehende Gemeinschaft, in der Eltern in stellvertretender, von Gott geliehener Vollmacht Verantwortung übernehmen, im Wissen um den Schuldcharakter ihres Handelns Entscheidungen für Kinder treffen, für sie sorgen und sie schrittweise ins Leben entlassen. Kinder ihrerseits müssen in der Familiengemeinschaft Vertrauen, Begleitung und Hilfe erfahren können; sie tragen Verantwortung für ihre Eltern vor allem im Alter, so etwa gemäß dem Vierten Gebot, in dem es um das Altenteil geht.

Familie ist eine von uns Menschen geschaffene Institution zur Gestaltung der Schöpfung, verbunden mit den Verheißungen und Aufträgen des Friedens und der Gerechtigkeit. Für unser Zusammenleben haben und brauchen wir solche Einrichtungen mit jeweils besonderen Ritualen, Normen, Verhaltensweisen, Erwartungen, Enttäuschungen. Familie ist eine spezielle Einrichtung mit besonderen Rechten, Pflichten und besonderem Schutz (Grundgesetz Art. 6). Sie ist so etwas wie die Vermittlungs- und Schnittstelle zwischen uns als Einzelpersonen und der Gesellschaft. Sie hat einen zu schützenden Intimbereich und sie ist gleichzeitig offen nach außen und sie wird von dort her beeinflusst und geprägt. Familie geschieht als privatisiert-persönliche und zugleich als öffentliche Gemeinschaft. Diesen Gestaltungsauftrag erhält die Familie christlicher Glaubensvorstellung nach von Gott und nicht vom Staat oder von der Gesellschaft. Diese haben aber politisch, sozial, rechtlich usw. optimale Rahmenbedingungen für familiales Zusammenleben zu schaffen. Frau und Mann suchen sich nicht nach Zweckmäßigkeiten aus, sondern führen eine Ehe und gründen eine Familie aus Liebe, Zuneigung und Hoffnung. Und das Kind kann sich nicht seine Eltern aussuchen, sondern es wird empfangen. Wir gehören uns im Letzten, nämlich in unserer geschöpflichen Lebendigkeit nicht selbst und bleiben auf die Verheißung glückender Beziehungen und auf die Befreiung zur Gestaltung unserer familialen Beziehungen angewiesen. Die Familie ist um unserer selbst und unserer Beziehungen willen da und nicht umgekehrt.

Familie und Ehe haben sich gewandelt und wandeln sich weiter in unserer „offenen“ Gesellschaft. Neben die bislang vorherrschende „bürgerliche“ heterosexuelle Familie treten immer häufiger gleichwertige Ehe- und Familienformen. In Art. 6 GG heißt es: **Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über**

die **Betätigung wacht die staatliche Gewalt**. Und das Bundesverfassungsgericht definiert daraus folgend die Ehe als **frei vereinbarte, rechtlich anerkannte, auf Dauer angelegte und damit grundsätzlich unauflösbare Verbindung einer Frau und eines Mannes zur umfassendsten und zugleich engsten Lebensgemeinschaft**. Die Familie wird von ihm als **lebenslange Gemeinschaft von Eltern und Kindern** definiert. Heute sind diese Definitionen zu eng und daher auszuweiten. Wir als BAG Christ/innen erkennen die verschiedenen Typen von Familie, wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt haben, als gleichwertige Familienformen an. Eine solche Typologie könnte wie folgt aussehen:

Familienbildung durch:	Elternfamilien			Einelternfamilien	
	Formale Eheschließung	Nichteheliche Lebensgemeinschaften	Homosexuelle Paare	Mutterfamilien	Vaterfamilien
Geburt	X	X		X	
Adoption	X			X	X
Scheidung / Trennung		X	X	X	X
Verwitwung		X	X	X	X
Wiederheirat	X				
Pflegschafts-Verhältnis	X				

Dieser Überblick geht in der linken Spalte von den sechs möglichen Prozessen der Familienbildung aus. Nimmt man dann die drei Formen der Eltern-Familie mit einer formalen Eheschließung, einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft und eines homosexuellen Paares und die beiden Formen der Ein-Eltern-Familie hinzu, dann ergeben sich insgesamt die angekreuzten 16 verschiedenen, rechtlich möglichen Familien-Typen. Selbstverständlich kann es für ein Familienmitglied zu einem oder mehreren Wechseln der Familienform kommen. Ein Beispiel: Bei Scheidung / Trennung wird aus einer Eltern-Familie eine Mutter- oder Vater-Familie und evtl. entsteht durch das Zusammenleben mit einem neuen Partner oder Partnerin eine erneute Eltern-Familie, wobei diese durch Stiefelternschaft gekennzeichnet sein könnte, u.U. sogar durch Stiefgeschwisterschaft. Mit solchen „Stiefelternschaften“ und „Stiefgeschwisterschaften“ kann die obige Typologie weiter differenziert werden.

Zu Deutschlands Familien legte das Statistische Bundesamt für 2004 folgende Zahlen vor: 22,4 Mio. Familien, davon 4,14 Mio. Ehepaare mit einem Kind,

3,79 Mio. mit zwei und 1,31 Mio. mit drei und mehr Kindern, 2,27 Mio. Einelternfamilien (einschließlich nichtehelicher Lebensgemeinschaften) mit einem Kind, 829 000 mit zwei und 215 000 mit drei und mehr Kindern und 9,8 Mio. Ehepaare ohne Kinder.

Das Kind steht im Vordergrund

Wir sehen unsere Gesellschaft vom Kind, vom Jugendlichen und von der Familie aus. Entsprechend setzen wir uns für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft ein:

- Kinder stehen im Zentrum unserer Überlegungen, Bemühungen und Planungen.
- Kinder verändern unser Leben und Zusammenleben. Sie benötigen unsere Gesellschaft, sich zukunftsorientiert und innovativ zu verhalten.
- Sie sind mögliche Revolutionäre gegen Festgefahrenes und gegen die Alleinherrschaft des Wirtschaftlichen.
- Kinder bereichern uns. Sie brauchen uns aber auch. Sie brauchen Bezugspersonen und Begleiter, die für sie sorgen, die sie ermutigen und trösten. Sie sind auf Stellvertreter und auf verantwortliche Vorbilder und Personen angewiesen, die sie fördern und herausfordern, die ihnen Entwicklungsmöglichkeiten und Ratschläge geben.
- Kinder brauchen Schutz und die Durchsetzung ihrer Rechte.
- Kinder brauchen Zeit, Räume und Bildungsmöglichkeiten, Versorgung und Gesundheit, Freiheit und Begrenzungen.
- Kinder von Migrantenfamilien und Familien, die vorübergehend in Deutschland wohnen, müssen bis zur Einschulung die deutsche Sprache erlernen können.
- Wir möchten die Kinder- und Familienpolitik auf Bundesebene zentralisieren, um höhere Effektivität und Transparenz zu erreichen und um den nahezu undurchschaubaren Mix der Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden abzubauen.
- Wir treten gegen die zunehmende Verarmung von Familien und Partnerschaften auf Grund von Kindern ein.
- Alle Frauen und Männer mit Kindern müssen je nach ihrem Wunsch die Chance der Erwerbstätigkeit haben und Familie und Arbeitswelt möglichst problemlos aufeinander abstimmen können.
- Entsprechend müssen Maßnahmen wie Kinder- und Elterngeld, Steuerbegünstigungen, Elternzeiten und andere Hilfen überdacht und umstrukturiert sowie Betreuungs-, Begleitungs- und Beratungsangebote verstärkt werden im Rahmen einer umfassenden Reform der Sozialpolitik. Ebenso setzen wir

uns für eine Förderung von Eigeninitiativen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe ein. Das heißt, dass sich Kinder- und Familienpolitik gleichermaßen als staatliche Vorsorge in Dienstleistung und Finanzierungstransfers **und** subsidiärer Hilfe vollzieht (s. Kap. ‚Die Wirtschaft muss mit ins Boot‘).

- Schließlich: Die Vorstellung von ‚Familie‘ weitet sich in eine Pluralität von gleichwertigen „Familien“ aus, etwa nichteheliche Lebensgemeinschaften, Ein-Elternfamilien, homosexuelle Paare mit Kindern. Die Gestalt und die Rolle der Normal-Familie mit Vater, Mutter und mindestens einem Kind herrscht innerhalb der Familienformen vor, aber im Blick auf alle Haushalte macht sie eben nur noch ein Drittel aus. In einer „Familie“ leben mindestens zwei Generationen in einem besonderen Solidaritäts- und Kooperationsverhältnis zusammen. Es kommen spezifische Rollen vor, etwa Mutter, Sohn, Schwester.

Unsere Gesellschaft braucht für alle Kinder ein familienfreundliches Klima, das den Wunsch nach Kindern wieder erstrebenswert macht. Familien benötigen in unserer schnelllebigen Zeit effektivere Hilfen und sinnvollere Unterstützungen als bislang. Dabei geht es nicht allein um Geld und Entlastungen, sondern weit mehr um familienfreundliche Strukturveränderungen. Die vielfältigen Aufgaben und Probleme heutigen Familienlebens erfordern alte und neue Fähigkeiten, die im Zusammenspiel aller Bürger und Bürgerinnen zu gewinnen und zu entfalten sind. Familie ist ein Gestaltungsmoment von Demokratie. Dies geht die gesamte Gesellschaft an. In der Kinder- und Familienpolitik zeigt sich exemplarisch die Einstellung der Parteien. In der Kinder- und Familienpolitik spiegelt sich die Mentalität unserer Gesellschaft zwischen Solidarität und Egoismus, zwischen verantwortlicher Selbstverwirklichung und rücksichtslosem Ellenbogentum.

Familie ist eine gesellschaftliche und private Institution

Familie ist in ihren pluralen Ausgestaltungen eine grundlegende Institution unserer Gesellschaft. Sie vermittelt uns die soziale Ordnung unserer Gesellschaft. In ihr und durch sie werden wir sozialisiert und internalisieren vorgegebene Rollen. Mit der fortgeschrittenen Individualisierung verliert die Familie dieses Sozialisierungsmonopol und der Einzelne gerät zunehmend in die Spannung, dass er sich der Familie verdankt und dass er sich zugleich um seiner Persönlichkeitsentwicklung willen von der Familie befreien muss. Deswegen muss Familie heute ambivalent und prozesshaft gelebt und gestaltet werden können: nämlich Geborgenheit **und** Aufbruch vollziehen, Zusammenhalt **und** Selbstentfaltung ihrer Mitglieder fördern, Teilhabe **und** Selbstständigkeit gewähren.

Dieses Familienbild, das so etwas wie ein Leitfaden sein könnte, muss aber mit gegenläufigen alltäglichen Erfahrungen in Familie, Schule, Arbeitswelt, Freizeit und Gesellschaft kontrastiert werden. Dann erst werden die wirklichen Lebensumstände vieler Kinder, Jugendlicher und ihrer Familien wahrgenommen, und unsere kinder- und familienpolitischen Forderungen werden in ihrer Notwendigkeit noch deutlicher. Familien haben nämlich heute die spürbaren Traditionsbrüche, die Umwertungen und Forderungen aufzufangen, die zu stark an den Interessen der Einzelnen festgemacht sind. Die Familien müssen den allgemeinen Verlust an bislang festen Verhaltens- und Orientierungsmustern im privatisierten Familien-Kreis, meist ohne Hilfe von außen, ausgleichen. Sie müssen sich mit den Folgen der Arbeitslosigkeit, mit Armut und mit mangelnden Bildungs- und Ausbildungschancen herumschlagen, mit unbezahlbarer Kinderbetreuung und der Gestaltung eines Familien-Klimas fertig werden. Viele Eltern und Erziehende sind hier überfordert und lassen Kinder mit Computer, Gameboy, Fernseher, Videorecorder, Handy allein. Sie lassen sie mit ihren Problemen allein. Dadurch baut sich Gewalt auf gegen Andere und gegen sich selbst. Mit Jugendlichen wird in Familien zu selten über Discobesuch, Freizeitgestaltung, Freundeskreis, Geldbeschaffung, Drogenkonsum und über Vereinsamung, Versagen, Leistungsdruck, Angst und Sehnsüchte nach besserem Leben gesprochen. Eltern fühlen sich macht- und hilflos, Jugendliche fühlen sich bedrängt, bevormundet und zugleich allein gelassen. Dies bedeutet Ausgrenzung und die teilweise Verabschiedung von gesellschaftlicher Teilhabe und Integration.

Viele junge Frauen und Männer möchten Kinder haben. Aber es gibt eben auch viele Hindernisse. So werden bei uns in Deutschland Frauen, die berufstätig sind und ihr(e) Kind(er) zur Betreuung abgeben, als Rabenmütter gebrandmarkt. Das traditionelle Bild der „kindererziehenden Hausmutter“ muss in seiner nahezu exklusiven Geltung regelrecht entideologisiert werden, wie Erfahrungen von berufstätigen Müttern z. B. in Frankreich und Schweden zeigen. Väter müssen die Elternzeit selbstverständlicher und problemloser wählen können. Auf diese Weise lässt sich die Emanzipation der Männer, für die es im Gegensatz zur fortgeschrittenen Emanzipation der Frauen nur Ansätze gibt, als Überwindung der „vaterlosen Gesellschaft“ forcieren Lediglich 5% der Väter nehmen in Deutschland die Möglichkeit der Elternzeit wahr. Aktionen wie der „Väteraufbruch für Kinder“ können durch Bewusstseinsbildung und mit kinder- und familienpolitischen Optionen wie z.B. Elterngeld deutlich machen, dass hier das Private für die Männer (und entsprechend für die Familie) politisch brisant ist.

Nach einer Untersuchung von 2003 meinen 71% der Westdeutschen und nur 33,6% der Ostdeutschen, dass Kinder Schaden nähmen durch Erwerbstätigkeit der Mutter [gegenüber 28,5 % der Schweden und 73 % der Österreicher].

Empirisch zeigt sich, dass Erwerbstätigkeit der Mutter als solche nichts über die spätere Sozialisation der Kinder aussagt. Ausschlaggebend sind vielmehr die Einstellung der Eltern, das Alter der Kinder, das familiäre und soziale Umfeld. Dasselbe gilt für alleinerziehende Mütter, auch hier besagt die Erwerbstätigkeit als solche nichts über die Sozialisation der Kinder. Doch stehen die Alleinerziehenden öfter unter ökonomischem Druck. Das heißt: Alleinerziehende Familien wie Zwei-Eltern-Familien geben bei gleichen Problemen gleiche Sozialisationsdefizite ab. Die wichtigste Erfahrung für Kinder und Jugendliche bleibt ihr Angenommensein. Als gleichwertig anerkannte Personen erfahren sie Liebe und Fürsorge und lernen mit Problemen, Stress und Streit umzugehen.

Da Männer bei gleicher Arbeit im Normalfall mehr verdienen als Frauen, muss überlegt werden, wie die damit verbundenen familienpolitischen Schief lagen behoben werden können, etwa durch Einbeziehung der Männer in die Elternzeit. Wenn sich berufstätige Mütter oder berufstätige Väter vorübergehend für die Betreuung und Erziehung von Kindern entscheiden, dürfen diese Familien keine finanziellen Einbußen erleiden und Nachteile haben.

Erwartungen an die Familie

In puncto Familie wird unsere Gesellschaft von zwei gegenläufigen Bewegungen geprägt. Auf der einen Seite verliert die Institution Familie in allen Ausprägungen mit ihren spezifischen Bedürfnissen und Pluspunkten immer mehr an Bedeutung und Beachtung. Kindererziehung wird wie selbstverständlich und zum Nulltarif erbracht und erwartet. Familien werden fortschreitend durch steigende Kosten gerade der lebensnotwendigen Artikel und Dienstleistungen und durch höhere Ausgaben bei gleichzeitig sinkenden Einkommen belastet. Viele Einrichtungen und gesellschaftliche Bereiche wie etwa Verkehr oder Wohnraum- und Städteplanung nehmen keine Rücksicht auf Kinder und Familien. Gleichzeitig werden Kinder und Jugendliche durch Werbung und Medien zum „König Kunden“ als ökonomisch auszubeutende Klientel hochstilisiert. Kinder in Deutschland haben in 2006 eine Gesamtkaufkraft von 1,5 Milliarden € zur Verfügung. Wenn es also um wirtschaftlichen Gewinn geht, dann entdecken viele in unserer Gesellschaft plötzlich die Kinder und Jugendlichen.

Auf der anderen Seite sprechen sich über 70% der Jugendlichen für eine eigene Familie aus. Diese bereichere den Einzelnen, bringe Anerkennung und biete einen Zufluchtsort bei persönlichen und gesellschaftlichen Krisen. Hier besteht die Gefahr, dass Familie romantisiert wird und man zuviel vom Familienleben erwartet. Ebenso wird fraglos und nahezu schicksalhaft angenommen, dass die Familie **mysteriengleich nicht nur den Schlüssel zum Verständnis des Einzelnen,**

sondern auch die Matrix aller Lebenschancen darstellt. Familie ist eine soziale Einrichtung – und zugleich auch immer Religionsersatz, Entlastungsinstanz und Stabilisierungsfaktor. Mit diesem Gemisch der Familie aus Pragmatik und Ideologie müssen wir gesellschaftlich und politisch immer wieder neu umgehen.

In der Familie treffen drei Dimensionen bzw. Interessenlagen zusammen: (1) Der Einzelne erfährt durch und mit der Familie seine **Personwerdung**; (2) Im Beziehungsnetz Familie lernen wir von klein auf, **miteinander** umzugehen, uns zu streiten und uns zu versöhnen, uns abzugrenzen und füreinander da zu sein; und (3) Familie hat eine Außenseite: Familien leisten einen wesentlichen Beitrag zum **gesellschaftlichen** Zusammenhalt, zur sozialen Kommunikation und zur wirtschaftlichen Stabilität. Aber von der Familie werden auch nahezu alle Leistungen möglichst kostenlos erwartet, damit sie gute Bürger und Bürgerinnen „abliefern“. Dies ist eine Überfrachtung und Überforderung der Familien.

Familie ändert sich in Familien

Durch einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturwandel kamen in den letzten Jahrzehnten neben der bürgerlichen Familie andere Gestaltungen von Familie auf. Das Ehe- und Scheidungsrecht wurden liberalisiert und die Rechte der Kinder, das „Kindeswohl“, wurden gestärkt. Väter möchten ihre Verantwortung stärker wahrnehmen und klagen eine Erweiterung der Väterrechte ein. Frauen erlangten mehr Selbstständigkeit mit (und ohne) Familie. Sie konnten verstärkt in das Arbeitsleben eintreten und mehr Selbstverwirklichung erreichen.

Ein relativer Wohlstand war bei uns bislang gesichert und gab den einzelnen Familienmitgliedern zunehmend mehr Freiheiten. Dadurch wird Familie im herkömmlichen Sinne immer offener und für manche sogar überflüssig. Heute braucht „man“ auch kein Kind (mehr): „man“ muss kein Kind (mehr) haben zur gesellschaftlichen Anerkennung. Hinzu kommen die hohe ökonomische Benachteiligung von Familien und der familiäre Stress.

Zugleich nahmen mit der Pluralisierung der Familienformen die allein erziehenden Mütter und Väter, also die Mutter- und Vaterfamilien zu. Und mit steigender Akzeptanz der Vielfalt und Verschiedenheit familialer und sexueller Beziehungen und Gestaltungsmöglichkeiten erhöhte sich die Anzahl lesbischer und schwuler Paare mit Kind(ern). Homosexuelle Paare sind freilich noch in mancher Hinsicht den anderen Familienformen nicht gleichgestellt, z.B. in der Möglichkeit von Adoption, im Versorgungs- und Lastenausgleich.

Mit der deutschen Wiedervereinigung, mit dem europäischen Einigungsprozess

und der weltweiten Globalisierung wandelten sich die stabilen Arbeitsverhältnisse in wechselnde Jobs der „Arbeitsnomaden“. Viele Menschen wurden arbeits- und heimatlos. Hohe Mobilität und Flexibilität sind gefragt und bringen Turbulenzen in die Familien. Nach innen wird aus der hierarchisch-patriarchalen Familie mit klarer Rollenverteilung eine Verhandlungsfamilie. Jeder ist jetzt für seine Selbstverwirklichung und sein Fortkommen von klein auf verantwortlich. Dadurch entsteht ein starker Binnendruck in der Familie, der oft nur schwer ausgehalten und offen verhandelt werden kann. Die Beziehungen werden fragiler, und die soziale Bindung droht sich auf ein Minimum zu reduzieren. Verbindlichkeiten und gemeinsame Aktionen wie etwa Essen und Freizeitgestaltung treten zurück und hinterlassen eine Leerstelle. Polarisierungen, Gewalt und Vereinsamung drohen nach innen, und nach außen nimmt für viele die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ab und entsprechend die soziale Ausgrenzung zu. Dadurch werden Kinder zu Randphänomenen, die bis zum Arbeitseintritt eben privatisiert-familial mit kleinen Hilfen des Staates zu „produktivem Humankapital“ hergerichtet werden sollen. Das Verrückte an dieser Situation ist deutlich: Wenn wir auf noch mehr individuelle Selbstverwirklichung und persönliche Bindungsfreiheit bis hin zu Kinderlosigkeit setzen, dann müssen wir uns zugleich um mehr Solidarität und mehr gesellschaftliche Teilhabe kümmern. Sonst wird unsere Gesellschaft kulturell, sozial, politisch, religiös noch weiter auseinanderdriften.

Kind und Beruf sind vereinbar: kostenlose Kinderbetreuung.

Mit der Abnahme von Familien und der Geburtenzahl und der Zunahme von Ehepaaren ohne Kinder und von Singlehaushalten haben sich deutlich **familienunfreundliche Arbeitsbedingungen** durchgesetzt. Die Vereinbarkeit von Familienleben und Berufstätigkeit bereitet vielen Eltern große Schwierigkeiten. Momentan läuft dies meist auf individuelle Lösungen hinaus, hier muss Abhilfe geschaffen werden.

Der Anteil erwerbstätiger Frauen ist in Deutschland erschreckend niedriger als im Durchschnitt der OECD Spitzengruppe. Die Mehrzahl der Akademiker und 40% der Akademikerinnen haben keine Kinder. Sie bleiben aufgrund subjektiv empfundener oder objektiv vorhandener ökonomischer Zwänge (prekäre Lebenssituation, finanzielle Unsicherheit) und weil bei uns Betreuungsmöglichkeiten vor allem für die Ein- bis Dreijährigen so gut wie ganz fehlen. Akademikerinnen bleiben um einer männergleichen Karriere willen kinderlos, was sowohl für Frauen als auch für Männer ein Problem unserer Gesellschaft darstellt. Familie ist für durchschnittlich bis wenig verdienende Bürger und Bürgerinnen zum Risikofaktor für Armut und für schrittweisen Ausschluss aus unserer

Gesellschaft geworden.

Wir treten dafür ein, dass der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Chancengerechtigkeit mit Lebensbeginn erfüllt wird. Dazu muss ein Mixtum gefunden werden von Angeboten auf kommunaler Ebene (Gemeinden, Kirchen, freie Träger), von Arbeitgeberseite aus und an privaten Möglichkeiten. Kinderkrippen, Kindergärten, Horte, Tagesstätten, Ganztagschulen sowie die Anstellung von geschulten, auch stundenweise für „child care“ abrufbaren Tagesmüttern und Tagesvätern gehören zu einem Ensemble von Kinder- und Jugendlichenbetreuung, die qualitativ so hochwertig sein muss wie z.B. in Finnland, wo Erzieherinnen eine weit bessere Hochschulausbildung erhalten.

Für die Finanzierung ist wichtig, dass eine ausgebildete Tagesmutter etwa 2/3 der Kosten einer Kinderbetreuungseinrichtung pro Platz ausmacht. Und wenn sich nach dem 12. Kinder- und Jugendbericht 2005 die Versorgung aller Kinder mit einem angemessenen Betreuungsplatz lediglich auf 2,7 Mrd. Euro beläuft, dann kann schnell Abhilfe geschaffen werden.

Deshalb fordern wir:

- eine „Vereinbarkeitskultur“, die Frauen wie Männern eine flexible Arbeitsorganisation erlaubt als auch durchgängige Kinderbetreuung selbstverständlich bereithält.
- die Einrichtung von gebührenfreien Ganztageskinderstätten und Kinderkrippen, damit die Vereinbarkeit von Arbeit und Kind(ern) weder auf Kosten der Eltern noch der Kinder geht. Privatinitiativen vor Ort sind entsprechend zu unterstützen (Eltern/Mutter/Vater-Kind-Gruppen, Mütter-/Väterkreise u.a.).
- eine Strategie zur Verhinderung von Familienarmut: Das zunehmende Abgleiten von Kindern und Jugendlichen in Sozialhilfe muss aufgehalten werden.
- die Sicherstellung der täglichen Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Nahrung, Wohnung und Kleidung.

Bildung ist „Nahrung“ unserer Gesellschaft

Bildung ist das Lebenselixier unserer Gesellschaft der radikalisierten Moderne. Sie ist die Triebfeder unserer Kultur der Menschlichkeit und unserer freiheitlichen Demokratie. Sie ist aber nur dann Baustein einer solidarischen Gesellschaft, wenn der Wissensfortschritt und die Persönlichkeitsentwicklung Hand in Hand gehen und wenn Bildung dem Menschen dient, statt ihn zu instrumentalisieren. Eine Wissensgesellschaft, die den Menschen zum Funktionieren degradiert, zerstört Lebenssinn. Marktliberale Gesellschaften verwenden Bildung einseitig

als „geistige Ware“ und als Kapital. Rohstoffarme Länder erhoffen sich dadurch im globalisierten Konkurrenzkampf Standort- und Marktvorteile. So verkommt Bildung aber zum einseitig ökonomisch orientierten Zurichten des so genannten „Humankapitals“.

Bildung hat an erster Stelle eine unersetzbare gesellschaftspolitische Grundfunktion: Sie ermöglicht die „innere“ Gestaltungskraft der Familien. Sie gibt den Einzelnen die Chance, zu einer selbstständigen Person zu werden, Verantwortung zu übernehmen und aktiv am täglichen Leben teilzunehmen. Sie befähigt dazu, den demokratischen Willensbildungsprozess einer offenen pluralen Gesellschaft mitzugestalten. Bildung ist in unserer Gesellschaft ein elementares Bedürfnis und Erfordernis. Es geht dabei sowohl um das Erlernen von Inhalten und um die Erweiterung von technischen Fähigkeiten als auch um den selbstkritischen und kritischen Umgang mit den an uns herangetragenen Vorgaben und Bildungsinstrumenten wie Fernsehen, Funk, Internet, Presse, Musikbetrieb usw., und um die Institutionen von Bildung wie Kindergärten, Schulen, Universitäten, Handwerkskammern, Institutionen für berufliche und außerberufliche Fort- und Weiterbildung. Ohne Bildung werden Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu „Rädchen“ im medial gesteuerten Wirtschafts- und Konsumsystem.

Bildung schärft die Wahrnehmung von und den Sinn für andere Menschen und anderes. Sie sensibilisiert für die Gefahren und Grenzen der Selbstbestimmung und Selbstüberforderung. Sie fördert kritisch-demokratisches Denken und realistisches Urteils- und Orientierungsvermögen im Zusammenleben in Familie, Kindergarten, Schule, Arbeitsplatz und Gesellschaft. Sie beflügelt Fantasie und setzt Kreativität frei.

Politik kann und muss Bürger und Bürgerinnen und insbesondere Familien insofern unterstützen, als sie **Rahmenbedingungen** für diese Bildungsprozesse schafft. Kinder und Heranwachsende müssen Entfaltungsräume und Zeit haben, sich zu selbstständigen und selbstkritischen Persönlichkeiten entwickeln zu können. Freilich wird heute das eigenverantwortliche, autonome Individuum in den Vordergrund gestellt, so dass unser Begrenztsein und unser Angewiesensein auf die anderen Menschen und die Schöpfung kaum wahrgenommen werden. Doch gerade das Wahrnehmen unserer Abhängigkeiten, unserer Sterblichkeit und Begrenztheit bringt eine Haltung fundamentaler Versöhnlichkeit hervor. Solche Prozesse halten wir für elementare Bildungsprozesse, auf denen Bildung als Ausbildung, Fort- und Weiterbildung von Kindern und Jugendlichen aufbauen kann. Der Slogan „Fordern und Fördern“ hilft hier nur dann weiter, wenn er nicht als neue Form arbeitsmarktpolitischer Disziplinierung durchgeführt wird, sondern die ambivalenten Situationen von Kindern und Jugendlichen von vornherein im Auge hat. Als suggestiver Leitbegriff dient hier die **Leistung**: Du bist

(als Kind, Jugendlicher, Erwachsener), was Du leistest! – und zwar allein in ökonomischer Hinsicht. Bildung wird zu Leistung verkürzt und zur Anpassung an das „System“ gemacht. Die andere Hälfte der Bildung wird in Familie und Schule abgeschoben und als „eiserne Humanration“ von Kindern und Jugendlichen in Schule, am Ausbildungs- und Arbeitsplatz wie selbstverständlich erwartet. Die Wirtschaft kneift immer noch mehrheitlich, wo es um das Menschliche, um Humanität geht. Wirtschaft setzt sich oft zu wenig oder in einseitiger Weise für Kinder ein (Konsumenten). Wirtschaft muss sich um des eigenen Lebens und Zusammenlebens willen mit Politik, Staat und Gesellschaft für Kinder und Jugendliche einsetzen. Auch Wirtschaft braucht nicht nur Konsumenten, sondern auch kreative Menschen.

Wir fordern daher:

- Das letzte Kindergartenjahr ist verpflichtend für alle Kinder (und gebührenfrei), um verschiedene Formen sozialer Interaktion einzuüben. Dabei können Bildungsdefizite erkannt und bearbeitet werden.
- Ein Schulfach „Familie“ ist einzuführen, damit Kinder und Jugendliche über ihre Erfahrungen mit Familie sprechen und über Erwartungen, Aufgaben, Leistungen und Defizite von Familie diskutieren können. Sie können ihre eigenen Vorstellungen von einer glücklichen Familie thematisieren in Auseinandersetzung mit den verschiedenen Familienformen und den kulturellen Hintergründen etwa bei Migrant*innenkindern und -familien. Weitere Themen sind: Umgang mit Geld, Gesundheit, Sexualität, Hygiene, Umgang der Geschlechter, Konfliktbearbeitung u.a.m.
- Es muss mehr familienbezogene Bildungsangebote geben, und zwar auf der Basis von Bildungsurlaub, der nicht nur Ausbildungsurlaub sein darf.
- kinder-, jugend- und familienspezifische und ausbildungsbegleitende Medienangebote. Diese sollen nicht nur unser Wissen vergrößern, sondern auch die Fähigkeit zu kritischer Selbstreflexion erweitern und unsere politisch-sozialen Kompetenzen fördern.
- eine flächendeckende Einrichtung von Beratungs- und Begleitmöglichkeiten für Familien, Ehepartner, Kinder und Jugendliche.

Diese Institutionen arbeiten mehrheitlich noch traditionell und sind sich selten darüber im Klaren, dass Kinder, Jugendliche und ebenso Erwachsene sich oft in ambivalenten Situationen befinden, für die es keine eindeutigen Lösungen gibt. Begleitung, Austausch, Dialog sind gefragt. Sonst bleibt die Gefahr einer Überpädagogisierung, unterstützt durch Nanny, Erziehungsratgeber und Lebensberatung von der Geburt bis zum Tod. Angesichts leerer Kassen müssen die dafür zuständigen Kommunen neue Wege der datensensiblen Kooperation und Finanzierung prüfen.

Eine familienfreundliche Städteplanung ist möglich.

Eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft betreibt einen familienfreundlichen Städtebau und sorgt für Wohnungen, die für Familien bezahlbar sind.

Die Planung von Siedlungen, Straßen, und Einrichtungen für Sport und Kultur orientiert sich in aller Regel einseitig an kommerziellen Interessen und effizienzlastiger Zweckmäßigkeit. Die Bedürfnisse von Familien finden dort kaum Berücksichtigung. Der Wohnungsbau ist an zahlungskräftigen Mietern ausgerichtet, und (Luxus-)Sanierungen von (Alt-)Bauten haben Familien mit Kindern aus unseren Innenstädten verdrängt. Das familienfeindliche Klima und der Zynismus unserer Gesellschaft wird hier am deutlichsten: Die meisten Vermieter bevorzugen Singles und kinderlose Paare. Kinder stören, sind laut, chaotisch und ein Schadensrisiko. Jugendliche stören die Ordnung und werden abgedrängt. Wie sonst ist die Bildung von trostlosen Ghettos zu erklären, die soziale Folgeschäden und hohe Kosten verursachen. Die bei uns vorherrschende marktliberale Wohnungspolitik (in den Händen von Spekulanten) führt zur „Versteppung“ der Innenstädte und verbannt vor allem Familien in entfernte Vorstädte und aufs Land. Hier müssen Gemeinderäte und Gesetzgeber umsteuern.

Sozial verantwortliche und familienfreundliche Städteplanung und Wohnungsbaupolitik geht davon aus, dass Wohnraum in erster Linie ein soziales Gut ist. Gemäß unserem Grundgesetz ist alles Eigentum, also auch Wohnraum, sowohl privater Besitz von Bürgern und Bürgerinnen als auch in der Verwendung sozial verpflichtend. Diese soziale Verpflichtung für Wohnraum, der nicht zum Eigenbedarf benötigt wird, muss stärkere Berücksichtigung finden. In diesem Sinne sollte man das Szenario durchspielen, dass Grund und Boden uns Bürgern und Bürgerinnen gemeinsam gehört und dass Grundstücke zum privaten Bebauen, für Landwirtschaft und sonstige Nutzung verpachtet und nicht mehr verkauft werden.

Wir stellen damit für die politische Agenda fest:

- Familien brauchen ausreichenden, bezahlbaren und möglichst gut angebundenen Wohnraum.
- Das Bedürfnis von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen nach Licht, Luft, öffentlichen Bewegungs- und Begegnungsräumen muss bei der Städteplanung Vorrang haben. Die Kommunen müssen sich verstärkt um Einrichtung, Erhaltung und Pflege von Spielplätzen aller Art, von unbebauten Plätzen und Anlagen, Familienbegegnungs- und Freizeitstätten, Erholungszonen und wohnnahen Waldbeständen u.a. kümmern.
- Wir brauchen Städtebauplanungen, die die Kommunikation aller Menschen unabhängig von Kultur und Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung, von

behinderten, kranken und alten Menschen, von Familien, Ehepaaren und Singles gleichermaßen fördert.

- Familien/kinderfreundlicher Wohnungsbau muss für kurze Versorgungswege und gute Verkehrsanbindungen zu Kindergärten, Grundschulen, Märkten und Behörden sorgen.
- Eine nachhaltig-familienfreundliche Stadtplanung lebt vom institutionalisierten und verbindlichen Dialog mit den Bürgern und Bürgerinnen. Sie geht auf die Anregungen der Bevölkerung ein.

Die Wirtschaft muss mit ins Boot

Es gibt derzeit drei sozialpolitische Modelle, wie sich Politik und Wirtschaft Familie im Blick auf den Arbeitsmarkt vorstellen, wobei alle drei Modelle Kinder mehr oder weniger deutlich und einseitig als zukünftige Arbeitskräfte und als Rentenbeschaffer betrachten und behandeln:

1. In Deutschland dominiert das konservativ-traditionelle, vor allem in Mittel- und Südeuropa vorherrschende Bild von der **sich selbst versorgenden Familie mit einer dann einsetzenden, subsidiären Unterstützung des Staates**, wenn die Familie mit der Eigenarbeit und der Selbsthilfe am Ende ist. Finanzielle Transferleitungen stehen vor sozialstrukturellen Angeboten des Staates wie z.B. kostenloser Betreuung außer oder im Haus. Politisch meint man fälschlicherweise, dass dabei neue Arbeitsplätze im häuslichen Bereich entstünden statt auf Dienstleistungspools zu setzen. Umgekehrt wird die Befürchtung geäußert, dass der Staat durch eine aktivere Familienpolitik, etwa durch ein einkommensabhängiges Elterngeld, den Familien den Lebensstil vorschreibe.
2. In anderen Ländern wie etwa Schweden wird eine **sozialstaatliche Familienpolitik** favorisiert. Im Zuge einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wird auf die Ökonomisierung und Professionalisierung der Dienstleistungen im Bereich des Sozialen und der Bildung gesetzt. Der Staat organisiert als Arbeitgeber haushaltsnahe soziale Angebote wie frühkindliche Betreuung, vorschulische Bildung. Viele Aufgaben, die bislang zu Hause von nichterwerbstätigen Frauen und wenigen Männern bewältigt wurden, werden in professionalisierter Form vom öffentlichen Dienst übernommen. Die privaten Haushalte finanzieren den Ausbau dieser haushaltsnahen Infrastruktur über eine hohe individuelle Steuer- und Abgabenquote. Es gibt eine solidarische Haltung in der Bevölkerung. Hohe Staatsausgaben für beschäftigungswirksame Sozialleistungen führen zu einer hohen Berufstätigkeit der Bevölkerung einschließlich der Frauen bei einer deutlichen geschlechtsspezifischen

Beschäftigungszuordnung der Frauen zum öffentlichen Dienst und der Männer zur Industrie.

3. Das angelsächsische Modell setzt einseitig auf die **Ökonomisierung sozialer Dienstleistungen**, etwa in den extrem wirtschaftsliberalen USA, einseitig auf die Ökonomisierung sozialer Dienstleistungen bei hoher Lohnbreite, bei langer Erwerbsarbeitszeit und niedriger sozialer Absicherung. Oberschicht- und ein Teil der Mittelschichtfamilien kaufen sich auf Grund ihrer Finanzkraft personelle Unterstützungsleistungen ein, also etwa auch Personal für die Kinderbetreuung. Der andere Teil der Mittelschicht- und die Unterschichtfamilien müssen sowohl Erwerbsarbeit leisten als auch kostenlose Versorgung der Familie durch Eigenkraft erbringen. Es entsteht eine Schere zwischen den professionellen Dienstleistern des Marktes und einem Heer niedrigst entlohnter Betreuungspersonen und Dienstboten.

Auch bei uns in Deutschland ist insofern die zuletzt genannte **neoliberalistische** Tendenz zu sehen, als qualifizierte Tagesmütter und weniger qualifizierte Haushaltshilfen für Kinderbetreuung Miniallöhne erhalten. Staat und Unternehmen halten sich mit Dienstleistungen für Familien mehr oder weniger stark zurück in der **traditionell-konservativen** Meinung, dass durch verschiedene monetäre Transfers vom Kindergeld bis zur Pflegeversicherung für Familien finanzielle Spielräume entstünden. „Lokale Bündnisse für Familien“ werden fortschreitend auch von der Wirtschaftsseite unterstützt in Zusammenarbeit mit anderen Trägern auf kommunaler und Landkreis-Ebene und im Wissen darum, dass die Unternehmen davon profitieren (z.B. geringere Fehlzeiten und Fluktuation, höhere Quote beruflich qualifizierter Frauen, besseres Betriebsklima, mehr Motivation, Image der Firmen). Das bei uns ansatzweise (im Sinne von Schweden) intendierte **sozialdemokratische** Modell sollte weiterentwickelt werden in ein insofern **garantistisches** Modell, als durch den Sozialstaat und nachgehend durch die Familie Teilhabegerechtigkeit, eine Grundsicherung beim Einkommen, eine Mindestgarantie für Bildung, Gesundheit usw. vollzogen und erhalten und dadurch Exklusionen weitgehend verhindert werden können. Dies allerdings bedeutet **einen sozialpolitischen Umbau unserer Republik**. Hier ist die Politik zu einem Richtungswechsel hin zu einem „garantistischen“ Modell aufgefordert.

Entsprechend fordern wir:

- Die Unternehmer müssen grundsätzlich von der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie ausgehen. Sie dürfen nicht unterstellen, dass eine Frau mit der Geburt eines Kindes ihre Arbeit geringer einschätze, dass sie ihre Arbeitskraft verringere, dass sie ihre Karriere weniger ernsthaft betreibe. Es muss ein Paradigmenwechsel in der Unternehmenskultur stattfinden, der sich in manchen „lokalen Bündnissen“ anfänglich niederschlägt.

- Unternehmen profitieren von Fähigkeiten speziell von Frauen mit Familie, die nachweislich familienbezogene Kompetenzen wie Organisieren, Delegieren, Planen und entsprechende Verhaltensweisen wie Gelassenheit, Teamfähigkeit und Zuverlässigkeit am Arbeitsplatz zum Vorteil der Unternehmen und aller Mitarbeiter/innen einbringen. Das sollten Betriebe und Unternehmen stärker produktiv aufnehmen.
- Die Chancengleichheit für Frauen (mit Familie) lebt auch davon, dass unternehmerische und politische Maßnahmen künftig stärker auf Männer abzielen im Sinne der Emanzipation der Männer.
- Die Arbeitgeberseite muss mit ihrer Arbeitsorganisation weit stärker eine Unternehmenskultur mit der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie schaffen. Dies geht aber nur, wenn die Unternehmen an der Institutionalisierung, Organisation und Finanzierung des geforderten **garantistischen** Modells engagiert und überzeugt mitarbeiten.

Paradigmenwechsel:

Mit Kinderaugen sehen, handeln und leben lernen.

Wir fordern eine längerfristige Kampagne für eine Gesellschaft mit Kindern und Familien in ihren pluralen Gestaltungen. Das Ziel ist: Kinder müssen mit ihren Familien die gleiche Teilhabe an gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Angeboten und Chancen haben wie Bürger und Bürgerinnen ohne Kinder. Dazu muss ein Umdenken in unserer Gesellschaft stattfinden: nämlich weg von der derzeit dominierenden Ökonomisierung der Gesellschaft hin zur **Kinder- und Familienperspektive**. Das Zusammenleben mit Kindern muss möglich sein, ohne dass die Betroffenen in die Ecke des Asozialen gedrängt werden. Ohne Kinder, ohne deren Lachen und Geschrei, ohne deren Lebendigkeit und Überraschungen - ohne diesen Reichtum und die entsprechenden Bereicherungen trocknet das soziale Zusammenleben in unserer Gesellschaft mehr und mehr aus. Entsprechend sind die Entwicklung, Organisation und Evaluierung aller politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen an den Bedürfnissen und Erfordernissen, an den Rechten und Pflichten der Kinder, der Jugendlichen, der Eltern, der Familien auszurichten.

Wir verlangen ein radikales Umdenken vom Standpunkt der Kinder aus. Diesen Perspektivenwechsel möchten wir anstoßen, die entsprechenden Diskussionen in unserer Gesellschaft hervorrufen und Debatten über die angesprochenen kinder-, familien-, sozial-, bildungspolitischen Maßnahmen initiieren. Nehmen wir diesen notwendigen Paradigmenwechsel ohne demographische Stimmungsmache Ernst, dann verändern wir uns und unsere Gesellschaft. Wir brauchen dazu Geduld und einen mittelfristigen Atem und Hoffnung auf das Gelingen.

Literatur:

- Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim: Das ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt / M. 1990.
- Dies. (Hgg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt /M. 1994.
- Chr. Bender/H. Graßl: Arbeiten und Leben in der Dienstleistungsgesellschaft. Konstanz 2004.
- Barbara Beuys: Familienleben in Deutschland. Neue Bilder aus der Vergangenheit. Reinbek 1980.
- Karin Deckenbach: Die Mutterglück-Falle. Warum wir unser Familienbild ändern müssen. München 2006.
- Deutscher Bundestag (15.Wahlperiode):
 - Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Drucksache 15 / 6014 vom 10.10.2005.
 - Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik und Stellungnahme der Bundesregierung. DS 16/1360 vom 26.4.2006
- Erhard Eppler: Auslaufmodell Staat ? Frankfurt / M. 2005.
- Irene Gerlach: Familienpolitik. Wiesbaden 2004.
- Ninnie Gernandt: Single. Alleinsein kann auch schön sein. Stuttgart 1996.
- Andreas Gestrich/Jens-Uwe Krause/Michael Mitterauer: Geschichte der Familie. Stuttgart 2003.
- Jack Goody: Geschichte der Familie. München 2002.
- Alois Herlth u.a. (Hgg.): Abschied von der Normalfamilie ? Partnerschaft contra Elternschaft. Berlin 1994.
- Matthias Horx: Wie wir leben werden. Unsere Zukunft beginnt jetzt. 2. Aufl. Frankfurt /M., New York 2006.
- Franz-Xaver Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt / M.2005.
- Siegfried Keil: Artikel „Familie“, in: Theologische Realenzyklopädie Band XI. Berlin 1983,S.1-23.
- Christoph Meckel (Hg.): Die Rechte des Kindes. Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes, verabschiedet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen [...] 1989. Ravensburg 1994.
- Rosemarie Nave-Herz: Familie heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. 2. Aufl. Darmstadt 2002.
- H. W. Opaschowski: Besser leben, schöner wohnen ? Leben in der Stadt der Zukunft. Darmstadt 2005
- Karen Pfundt: Die Kunst, in Deutschland Kinder zu haben. Berlin 2004.
- V. Reinhardt: Ganz ohne Gott und Teufel. Der Siegeszug der Familie: Vom Nutzen und Nachteil einer Fiktion als Religionsersatz, Entlastungsinstanz und Stabilisierungsfaktor, in: Frankfurter Rundschau vom 28.02.2006.
- Renate Schmidt/Liz Mohn (Hgg.): Familie bringt Gewinn. Innovation durch Balance von Familie und Arbeitswelt. Gütersloh 2004.
- Reinhard Sieder: Sozialgeschichte der Familie. Frankfurt/M 1987.
- Statistisches Bundesamt. Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2003.
- Slavoj Zizek: Die politische Suspension des Ethischen. Frankfurt / M. 2005.

Impressum:

ViSDP: Prof. Dr. Friedrich Battenberg, Karolinenplatz 3, 64289 Darmstadt
Sybille Mattfeldt-Kloth, Gustav-Steinbrecher-Str.11, 38350 Helmstedt

Text: Dr. Susanne Dungs/Darmstadt;
Prof. Dr. Uwe Gerber/Schopfheim;
PD Dr. Andreas Müller/Freiburg

Erarbeitet und Verantwortet von der
Bundesarbeitsgemeinschaft Christinnen und Christen bei Bündnis 90/Die
Grünen

(beschlossen in Goslar am 1. April 2006)

Druck: TIAMATdruck GmbH, Düsseldorf

Weitere Broschüren der BAG Christen und Christinnen:

- Das Verhältnis von Staat und Kirche und zur politische Rolle der Kirchen
Kempen, 1997 (leider vergriffen)
- Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft -
Bausteine für eine humane Wirtschaftsdemokratie
Katlenburg, 1999 (leider vergriffen)
- Die Präimplantationsdiagnostik oder
der Traum vom vollkommenen und leidensfreien Menschen
Heppenheim, 2004
- Interreligiöser Dialog zur Friedensförderung
Abgrenzung – Toleranz – Differenz
Meissen 2005
- Zum christlichen Selbstverständnis
der Bundesarbeitsgemeinschaft Christinnen und Christen
(Meißen, 2005; verantw.: Friedrich Battenberg).

zu beziehen über:

Bundesgeschäftsstelle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin

Postanschrift: Postfach 040609, 10063 Berlin

Im Internet von unserer Homepage: <http://www.gruene-bag.de/>